

**Außerordentlicher Landesparteitag der NRWSPD  
am 10. Juni 2017 in Duisburg**



# **Antragsbuch**

## **Antragskommission** zum außerordentlichen Landesparteitag der NRWSPD am 10. Juni 2017 in Duisburg

Altenkamp, Britta	LV
Körfges, Hans-Willi	LV
Ott, Jochen	LV
Blask, Inge	LPR
Daldrup, Bernhard	LPR
Engelmeier, Michaela	LPR
Kammerevert, Petra	LPR
Kaczmarek, Oliver	LPR
Krems, Karl-Heinz	LPR
Maelzer, Dennis	LPR
Stinka, André	LPR
Stotz, Marlies	LPR
Voigt-Küppers, Eva-Maria	LPR

Sprecher der Antragskommission: Jochen Ott

# Landesverband Nordrhein-Westfalen

## Inhaltsverzeichnis

a.o. Landesparteitag der NRWSPD am 10.06.2017 Ilkova, Snezana		<b>Alle Anträge</b> mit Initiativanträgen		Datum: 22.05.17 Uhrzeit: 14:05
	<b>Antragsbereich</b>	<b>Antragsteller</b>	<b>Überschrift</b>	<b>Seite</b>
Ar1	Arbeitsmarktpolitik	<i>Unterbezirk Bonn</i>	Verbesserter Schutz bei Betriebsratswahlen	4
G1	Gesundheitspolitik	<i>Ortsverein Moers</i>	Wir brauchen mehr Personal per Gesetz, bessere Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und gute Ausbildung für die Pflege und nicht eine Pflegekammer	5-7
IR1	Innen- und Rechtspolitik	<i>Unterbezirk Bonn</i>	Unterstützung von Opfern sexualisierter Gewalt im Strafverfahren	8-9
U1	Umwelt-, Energie-, Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik	<i>Unterbezirk Bonn</i>	Stopp der Brennelemente-Lieferung von Lingen nach Thiange 2 und Doel 3!	10
U2	Umwelt-, Energie-, Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik	<i>Unterbezirk Duisburg</i>	Erhöhung der Förderung von günstigen bezahlbaren Wohnungen	11-12
Anzahl der Anträge: 5				

# Arbeitsmarktpolitik

Antragsbereich Ar/ Antrag 1  
Unterbezirk Bonn

## **Verbesserter Schutz bei Betriebsratswahlen - Empfehlung der Antragskommission**

Die SPD setzt sich für einen verbesserten Schutz bei Betriebsratswahlen und Personalvertretungen ein.

- 5 Dazu sollen Betriebsratswahlen bei einer staatlichen Stelle angemeldet und durch einen Arbeitsrichter oder unabhängigen Sachverständigen beaufsichtigt und begleitet werden. Dieser soll zudem die Möglichkeit
- 10 haben, Straftaten nach § 119 Betriebsverfassungsgesetz anzuzeigen.

- Wir fordern, dass solche Straftaten nicht nur auf Anzeige sondern von Amts wegen
- 15 verfolgt werden können. Täter müssen schneller ermittelt und tatsächlich verurteilt werden.

# Gesundheitspolitik

Antragsbereich G/Antrag 1  
Ortsverein Moers

**Wir brauchen mehr Personal per Gesetz, bessere Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und gute Ausbildung für die Pflege und nicht eine Pflegekammer** **Empfehlung der Antragskommission**

Wir brauchen mehr Personal per Gesetz, bessere Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und gute Ausbildung für die Pflege und nicht eine Pflegekammer

5 Die SPD spricht sich gegen die Einführung von Pflegekammern mit Zwangsmitgliedschaft und Pflichtbeiträgen aus.

10 Die SPD will die Pflege im Krankenhaus und in Pflegeeinrichtungen aufwerten und folgt dabei folgende Punkte:

15 mehr Personal per Gesetz, für eine gesetzliche Personalbemessung in allen Bereichen der Einrichtungen, in der Pflege, in der Technik, in der Küche, in der Verwaltung, in der sozialen Betreuung, etc.

20 bessere Bezahlung für die Beschäftigten und ausreichende Finanzierung der Einrichtungen

gute Arbeitsbedingungen und

25 gute Ausbildung.

## **Begründung:**

30 Innerhalb der letzten 8 Jahre lädt der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landtages von Nordrhein-Westfalen zum zweiten Mal zu einer Anhörung zum Thema Pflegekammern ein.

35 In 2009/2010 war ein Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN der Anlass dafür. „Berufsordnung oder Pflegekammer-Regelungsrahmen zur Stärkung und Weiterentwicklung der professionellen Pflege NRW entwickeln“ lautete der Antragstitel damals. Nach Beratungen des Ausschusses, der Vorlage eines Gutachtens durch das Ministerium sowie einem Sachverständigen-Gespräch, hat man sich fraktionsübergreifend gegen die Errichtung einer Pflegekammer ausgesprochen.

40

45 Jetzt steht das Thema Pflegekammer erneut  
auf der politischen Agenda. Während in  
Hamburg eine Landespflegekammer  
abgelehnt wurde, hat inzwischen in  
50 Rheinland-Pfalz die erste Pflegekammer  
Deutschlands ihre Arbeit aufgenommen;  
Gesetze zur Errichtung von Pflegekammern  
in Schleswig-Holstein und Niedersachsen  
sind auf den Weg gebracht. In Bayern hat  
das Kabinett inzwischen die neue  
55 Interessenvertretung „Vereinigung der  
bayrischen Pflege“ beschlossen, als Antwort  
auf die Ablehnung der Pflegekammer durch  
die beruflich Pflegenden. Mit dem  
Entschließungsantrag „Pflege stärken:  
60 Attraktivität steigern – Pflegevertretung  
verbessern“ der Regierungsfaktionen und  
dem Antrag der CDU-Fraktion „Stärkung  
und Aufwertung der Pflege durch mehr  
Selbstverwaltung – Nordrhein-Westfalen  
braucht eine Pflegekammer“ wird die  
65 Diskussion um das Für und Wider einer  
Pflegekammer parlamentarisch auch  
hierzulande erneut aufgenommen. In den  
Bundesländern werden die Diskussionen von  
den Befürworter\*innen von Pflegekammern  
mit hohen Erwartungen an diese  
70 Körperschaften des öffentlichen Rechts  
geführt.

In der Anhörung im Landtag NRW am  
26.10.2016 sagte Daniel Buecher vom  
75 Bundesverband für freie Kammern: „Eine  
Kammer hat exakt vier Aufgaben:  
registrieren, kontrollieren, sanktionieren und  
das, was sie am besten kann – das weiß ich  
aus langjähriger Erfahrung –: abkassieren.  
Das sind die Kernkompetenzen.“

80 Pflege ist eine verantwortungsvolle Tätigkeit  
und verdient hohe Anerkennung. Dafür sind  
wirkungsvolle Maßnahmen erforderlich:  
eine bessere Bezahlung und bessere  
85 Arbeitsbedingungen durch mehr  
qualifiziertes Personal.

Pflegekammern mit Zwangsmitgliedschaft  
und Pflichtbeiträgen lösen die Probleme  
dagegen nicht:

90 Die Tarifautonomie liegt in Händen der  
Sozialpartner und würde durch die  
Einführung einer Pflegekammer nicht  
berührt. In den wichtigsten Fragen der  
Bezahlung und Arbeitsbedingungen würde  
95 sich durch die Errichtung von Kammern  
nichts bewegen.

100 Einer Pflegekammer stünden keine anderen  
Instrumente zur Verfügung als heute schon  
den Berufsverbänden und Gewerkschaften,  
um auf die Politik einzuwirken. Vielmehr  
besteht die Gefahr, dass politisch  
Verantwortliche sich unter Verweis auf die  
scheinbare Aufwertung der Pflegeberufe  
105 durch Kammern ihrer Verantwortung  
entziehen und echte Problemlösungen  
weiterhin verweigern.

110 Die Übertragung hoheitlicher Aufgaben an  
Kammern käme einer Privatisierung bislang  
öffentlich wahrgenommener Aufgaben  
gleich, bei der die Kosten in Zukunft von  
den Mitgliedern durch deren Zwangsbeiträge  
getragen werden müssten.

115 Mit einer Pflegekammer würde eine Reihe  
von neuen Pflichten (unter anderem  
Meldepflicht, Fortbildungspflicht,  
Berufspflicht) geschaffen, aber keine neuen  
Rechte. Insbesondere die Berufspflichten  
können allzu leicht mit Pflichten aus dem  
120 Arbeitsverhältnis in Konflikt geraten.

Ein Konflikt, der dann von den abhängig  
Beschäftigten allein zu lösen ist. Dies zeigt,  
dass eine berufliche Selbstverwaltung bei  
Freiberuflern und Selbstständigen, die sonst  
125 keinen Weisungen unterliegen, sinnvoll sein  
mag. Bei Angestellten wird das berufliche  
Verhalten jedoch sehr stark durch das  
Arbeitsverhältnis und seine Bedingungen  
geprägt.

130 Ein Grundproblem der Pflegekammer ist,  
dass diese nur auf die Mitglieder der  
verkammerten Berufe wirkt. Die  
Arbeitgeber werden dagegen nicht in die  
Pflicht genommen und die längst überfällige  
135 Veränderung der Rahmenbedingungen nicht  
in Angriff genommen.

# Innen- und Rechtspolitik

Antragsbereich IR/ Antrag 1  
Unterbezirk Bonn

## Unterstützung von Opfern sexualisierter Gewalt im Strafverfahren Empfehlung der Antragskommission

5 Einem Menschen, der Opfer einer Tat nach StGB §177 sexueller Nötigung/ Vergewaltigung oder §183 exhibitionistischer Handlungen wird, soll unmittelbar nach Eingang der Anzeige bei der Polizei, spätestens aber bei Aufnahme des Gerichtsprozesses, eine Sozialarbeiter\*in kostenlos und unaufgefordert zur Seite gestellt werden.

10 Einem Menschen, der Opfer einer Tat nach StGB §176 sexueller Missbrauch von Kindern, §179 sexueller Missbrauch widerstandsunfähiger Personen, §182 sexueller Missbrauch von Jugendlichen wird, soll unmittelbar nach Eingang der Anzeige bei der Polizei ein\*e psychologischer Psychotherapeut\*in bzw. Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut\*in kostenlos, unmittelbar und unaufgefordert zur Seite gestellt werden.

25 Diese\*r nimmt unaufgefordert Kontakt zum Opfer auf und fragt nach, ob Unterstützung/ Hilfe benötigt wird; auch bei Verneinung fragt die/der Betreuer\*in in angemessener Zeit vor der Verhandlung/ Zeug\*innen-aussage wenn möglich noch einmal nach.

30 Als Vertrauensperson begleitet die/der Sozialarbeiter\*in bzw. die/der psychologische Psychotherapeut\*in, den gesamten Prozess, insbesondere die Konfrontation mit dem Täter/ der Täterin.

35 Die Unterbringung des Opfers in einem Zeug\*innenschutzraum, um die Begegnung des Opfers und Täters/ Täterin so weit wie möglich auf den Gerichtssaal zu beschränken, wird dem Opfer seitens des  
40 Gerichtes ohne Aufforderung angeboten.

### **Begründung:**

Menschen, die Opfer einer sexuellen Handlung wurden, die gegen ihren Willen



45 erfolgt ist, erleben eine massive Verletzung  
ihrer Persönlichkeitsrechte und der  
körperlichen Unversehrtheit. Folge davon  
ist, dass sie oft nicht nur einen körperlichen  
Schaden erleiden, sondern durch die Tat oft  
50 psychisch beeinträchtigt sind. Die  
komplexen Abläufe und Bestimmungen  
einer Gerichtsverhandlung sind für viele nur  
schwer alleine durchzustehen und die  
Auseinandersetzung mit den eigenen  
55 Rechten (und auch Pflichten) oft nicht  
möglich. Es kommt hinzu, dass Betroffene  
an vielen Stellen ihrem Peiniger/ ihrer  
Peinigerin begegnen müssen und diese  
Konfrontation für viele oft nur schwer zu  
60 ertragen ist. Sie müssen unterstützt werden!  
Dabei ist es nicht ausreichend, dass  
ehrenamtliche Organisationen, wie  
beispielsweise der Weiße Ring, diese  
Aufgabe übernehmen. Sie leisten gute und  
65 wichtige Arbeit und füllen eine Lücke, die  
der Staat längst hätte schließen müssen.  
Wenn eine Veränderung im Umgang mit  
sexualisierter Gewalt von statten gehen soll,  
dann muss auch die Betreuung und  
70 Unterstützung der Opfer in dieser  
schwierigen Situation gewährleistet werden.  
Diese muss unaufgefordert und kostenlos  
erbracht werden, damit die Opfer umfassend  
geschützt und unterstützt werden. Gerade  
75 eine Begegnung mit dem Täter/ der Täterin  
muss so weit wie möglich vermieden  
werden. Dass Opfer heutzutage vor dem  
Gerichtssaal auf den Täter/ die Täterin  
treffen ist für viele ein unzumutbarer  
80 Zustand! Indem eine geschulte  
Vertrauensperson mit einer entsprechenden  
Ausbildung den Prozess begleitet, entlastet  
dies die Opfer und nimmt ihnen die Angst  
vor dem Strafverfahren.

# Umwelt-, Energie-, Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik

Antragsbereich U/ Antrag 1  
Unterbezirk Bonn

## **Stopp der Brennelemente-Lieferung von Empfehlung der Antragskommission Lingen nach Thiange 2 und Doel 3!**

5 Die NRWSPD fordert die NRW-Landesregierung, sowie die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Lieferung von Brennelementen in die Belgischen Atomkraftwerke Thiange 2 und Doel 3 unmittelbar gestoppt werden und nicht wieder aufgenommen werden.

### **Begründung:**

10 Die Belgischen Atomkraftwerke Thiange 2 und Doel 3 sind altersschwach und aus unserer Sicht nicht sicher, diese Reaktoren werden oft als „Pannenreaktoren“ bezeichnet.

15 Versuche, die Belgische Regierung dazu zu bewegen, diese abzuschalten, liefen bisher ins Leere.

20 Im Katastrophenfall ist Bonn unmittelbar betroffen. In Bonn gibt es dazu weder einen Notfallplan noch sind Jod-Tabletten bevorratet. Die Städteregion Aachen wäre unmittelbar von meinem Notfall betroffen.  
25 Eine weitere Unterstützung und/ oder Lieferung von Brennelementen aus Lingen unterstützt de facto den Weiterbetrieb dieser Kernkraftwerke.

30 Unsere Bundesumweltministerin hat geäußert, dass sie diese Kraftwerke lieber heute als morgen abschalten würde. Wenn jetzt Brennelemente weiter geliefert werden, untergräbt das das Ziel der Abschaltung dieser „Pannenreaktoren“.

*Antragsbereich U/ Antrag 2*  
*Unterbezirk Duisburg*

**Erhöhung der Förderung von günstigen bezahlbaren Wohnungen Empfehlung der Antragskommission**

Günstiger und bezahlbarer Wohnraum ist knapp geworden. Dieser negative Trend ist seit langem bekannt.

5 Zur Verbesserung der Situation wird beantragt:

Erhöhung der Fördermittel aus Bund und Land

10 Gezielter Einsatz der bestehenden Fördermittel für Neubau, Eigentumsförderung und Bestandsförderung in den Stadtteilen.

15 Erhöhung des Angebots von bedarfsgerechten Wohnungen

20 Schrottimmobilien abreißen, Quartiere modernisieren und Flächen für Neubauten schaffen

Bei den Planungen von Sozialwohnungen sind die städtischen Baugesellschaften sowie die Spar- und Bauvereine einzubinden

25 Barrierearme bzw. barrierefreie Wohnungen müssen zum Standard erhoben werden

**Begründung:**

30 Neubauplanungen im sozialen Wohnungsbau liegen weit hinter dem Bedarf. So liegt z.B. der Anteil sozial geförderter Wohnungen in Duisburg zwischen 90 und 150 Einheiten pro Jahr. Gleichzeitig fallen immer mehr Sozialwohnungen aus der Sozialbindung. Der Bestand an Sozialwohnungen hat sich dementsprechend drastisch verringert. Damit wird auch das Wohnungsangebot für Geringverdiener sowie Menschen die auf Sozialleistungen angewiesen sind, stark eingeschränkt und es entsteht eine immer größere sozialstrukturelle Teilung der Stadt.

45 Mit den zurzeit gebauten Sozialwohnungen wird die Lage nicht besser, da der Wegfall von Sozialwohnungen größer ist, als der Neubau.

50 Gerade Normal- und Geringverdiener  
drohen auf der Strecke zu bleiben.  
Gleichzeitig gibt es aber auch Leerstände  
von Wohnungen, die dem Standard nicht  
entsprechen oder über einen falschen  
Zuschnitt verfügen. Hier müssen Beratungen  
55 angeboten, im Bestand modernisiert und die  
Wohnungsgrößen dem Bedarf angepasst  
werden.

60 Bezahlbarer Wohnraum darf nicht nur in  
sozial schwachen Ortsteilen vorhanden sein,  
vielmehr müssen durch eine gezielte  
Steuerung von Grundstücksverkäufen und  
Vergabe von Fördermitteln, der Bau von  
günstigen und bezahlbaren Wohnungen in  
65 Stadtgebieten gefördert werden, in denen  
ansonsten vorrangig frei finanzierte  
Wohnungen gebaut werden.

70 Das Angebot an bezahlbaren barrierearmen  
bzw. barrierefreien Seniorenwohnungen ist  
zu verbessern, damit ein möglichst langes  
Leben in den eigenen vier Wänden realisiert  
werden kann. Alte Menschen lieben ihren  
Stadtteil mit allen sozialen Kontakten und  
möchten dort wohnen bleiben.

Herausgeber: SPD-Landesverband NRW  
Kavalleriestr. 16  
40213 Düsseldorf

Für den Inhalt der Anträge sind die jeweiligen Antragsteller verantwortlich.

Druck: Eigendruck